

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article 16:

By Mr Joschka Fischer

Status : - Member

Artikel 16: [Strafverfahren]

Soweit es für Verfahren mit grenzüberschreitender Auswirkung ~~Zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zur Durchsetzung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung~~ und zur Sicherstellung der Effizienz der gemeinsamen Instrumente der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit notwendig ist, können das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren ~~Gesetze und~~ Rahmengesetze mit Mindestvorschriften erlassen betreffend

- die Zulässigkeit von Beweismitteln in der gesamten Union;
 - die Definition der Rechte des Einzelnen im Strafverfahren unter Wahrung der Grundrechte;
 - die Rechte der Opfer von Straftaten;
 - sonstige spezifische Aspekte des Strafverfahrens, die zuvor vom Rat einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments ermittelt werden.
-

Explanation:

Statt abstrakt auf die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten abzustellen sollte konkret an den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung angeknüpft werden.

Die Notwendigkeit für die gegenseitige Anerkennung ist nicht nur als Ziel, sondern als klares Kriterium für die Inanspruchnahme der Kompetenz zu formulieren, wobei es immer um Verfahren mit grenzüberschreitenden Auswirkungen gehen muss. Dies entspricht dem Bericht der Arbeitsgruppe Freiheit, Sicherheit und Recht. Das zweite Unterkriterium der Wirksamkeit gemeinsamer Instrumente erscheint sehr weit, zumal nicht klar ist, welche Instrumente gemeint sind.

In der Vorschrift ist die Möglichkeit des Erlasses von Gesetzen zu streichen und die Kompetenz auf Rahmengesetze zu beschränken. Denn es geht um inhaltliche Angleichung der nationalen Strafprozessordnungen, die aber formal einheitlich bleiben müssen. Ein Umsetzungsspielraum ist notwendig, um eine sachgerechte Integration der europäischen Vorgaben in das nationale Strafrecht zu ermöglichen.

Grundsätzliche Anmerkung: Auf der Grundlage des Abschlussberichts der Arbeitsgruppe X sollten "Aspekte, welche die ureigensten Aufgaben der Mitgliedstaaten berühren und zum Kernbestand der verschiedenen Rechtstraditionen gehören" in der Einstimmigkeit verbleiben.